Bitkom e.V. |

Erste Jahresbilanz: So steht es um die Blockchain-Strategie der Bundesregierung

- **Bitkom veröffentlicht Übersicht zum Umsetzungsstand der 44 Ankündigungen**
- **17 Maßnahmen sind sehr weit fortgeschritten, 20 in Arbeit und 7 noch nicht angegangen**

Berlin, 18. September 2020 - Am 18. September 2019 hat die Bundesregierung erstmals eine Blockchain-Strategie beschlossen. Die darin enthaltenen 44 Einzelmaßnahmen sollen bis Ende 2021 von insgesamt zehn Bundesministerien umgesetzt werden. Nach einer heute veröffentlichten Auswertung des Digitalverbands Bitkom ist die Umsetzung nach genau einem Jahr bei 17 Maßnahmen sehr weit fortgeschritten, 20 sind in Arbeit und bei 7 Maßnahmen ist bisher nichts passiert. „Mit ihrer Blockchain-Strategie hat die Bundesregierung eine Vorreiterrolle in Europa übernommen, um der Technologie zu einem Durchbruch zu verhelfen. Nach einem Jahr ist die Umsetzung der Blockchain-Strategie auf einem guten Weg“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. „Neben Rechtssicherheit braucht es insbesondere mehr Unterstützung von privaten und staatlichen Blockchain-Leuchtturmprojekten sowie mehr Wissen in der gesamten Breite unserer Gesellschaft. Davon würden auch die Unternehmen direkt profitieren.“ Nach einer Bitkom-Umfrage aus dem Frühjahr sagen zwar fast zwei Drittel (64 Prozent) der Unternehmen mit 20 oder mehr Mitarbeitern, dass die Blockchain große Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat. Aber gerade einmal 6 Prozent setzen die Technologie bereits ein, planen den Einsatz oder diskutieren zumindest darüber.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen hat die Bundesregierung wie angekündigt einen Gesetzentwurf zur Einführung elektronischer Wertpapiere vorgelegt, der technologisch fortschrittlich formuliert ist. Nach Ansicht des Bitkom würde er der Digitalisierung der Finanzbranche einen kräftigen Schub verleihen und dringend benötigte Rechtssicherheit für Verbraucher und Unternehmen schaffen. Zudem wird im Energiebereich die praxisorientierte Forschung und Entwicklung der Blockchain-Technologie vorangetrieben, unter anderem mit einem eigens dafür eingerichteten Pilotierungslabor oder „future energy lab“. Die Anwendungsfälle reichen von einem Blockchain-basierten virtuellen Großspeicher für die Betreiber von Photovoltaik-Anlagen bis zum Energiehandel durch Blockchain-Technologie. Und zur Umsetzung der Ankündigung, Blockchain-basierte digitale Identitäten zu fördern, wurde unter anderem ein Förderprogramm in Höhe von 45 Millionen Euro aufgelegt.

Weniger weit vorangekommen ist die Bundesregierung bei der geplanten Dialogreihe zur Blockchain-Technologie. Zwar wurden entsprechende Workshops ausgeschrieben, nach einem Jahr hat aber noch kein einziger stattgefunden. Stillstand herrscht bisher auch beim geplanten Smart-Contract-Register für die Energiewirtschaft, obwohl die Maßnahme vergleichsweise konkret formuliert ist und bereits ein Konzept entwickelt wurde. Wenig Konkretes gibt es hingegen bei dem Vorhaben, Leuchtturmprojekte zu fördern und bekanntzumachen, die den Blockchain-Einsatz in der Verwaltung demonstrieren. Auch eine Kompetenzstelle für Blockchain in der Verwaltung wurde bislang nicht eingerichtet.

Noch überhaupt nichts passiert ist unter anderem bei den Versprechen, die Anwendung der Blockchain bei der Beweisführung in der Justiz sowie in der Kreativwirtschaft zu nutzen. Und auch das Vorhaben, Blockchain-Anwendungen zu entwickeln, die dem Verbraucherschutz dienen, ist über die Ankündigung in der Strategie nicht hinausgekommen.

Die komplette Übersicht über den Umsetzungsstand der Blockchain-Strategie des Bundes nach einem Jahr gibt es online unter: www.bitkom.org/Themen/Technologien-Software/Blockchain/Bestandsaufnahme-Blockchain-Strategie-der-Bundesregierung

Kontakt

Andreas Streim
Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Frederic Meyer
Head of Blockchain
Download Pressefoto
Nachricht senden

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Erste-Jahresbilanz-So-steht-es-um-die-Blockchain-Strategie-der-Bundesregierung***